

„Verschieden-Sein ist eben voll normal“

Integrationssenatorin Stahmann will Stärken einer vielfältigen Gesellschaft sichtbar machen



Das Thema „Integration“ fällt seit Beginn der neuen Legislaturperiode in Anja Stahmanns (Sozial-) Ressort.

MITeinander: Bereits vor einigen Jahren war das Thema „Integration“ bei der Sozialbehörde angesiedelt, die letzten vier Jahre in der Senatskanzlei. Viele hatten es damals begrüßt, dass dieses Thema – das ja alle Ressorts betrifft – erstmals ins Rathaus verlegt wurde. Warum wurde es wieder zurückverlagert, was sind die Gründe?

Anja Stahmann: Hier gilt das „Primat der Politik“: Die Entscheidung ist beide Male in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen gefallen. Und beide Zuordnungen haben ihre Stärke: Als im Jahr 2011 die Zuständigkeiten im Senat neu sortiert wurden, hatte man vor allem die vielfältigen Aufgaben der Integration in allen ge-

sellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern vor Augen. Durch die Ansiedlung im Rathaus sollte das Thema in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung hervorgehoben werden. Es sollte deutlich werden, dass Integration kein Thema ist, das allein im Sozialen spielt. Es ging darum, einen spürbaren Akzent zu setzen: Gleichberechtigte Teilhabe und die Stärke einer vielfältigen Gesellschaft – das hat Bedeutung in allen Ressorts, in allen Handlungsfeldern und geht alle an. Seitdem hat sich die Welt grundlegend gewandelt: Allein im August dieses Jahres haben fast 1.000 Menschen, Erwachsene und Kinder, Schutz im Land Bremen gesucht und zusätzlich über 100 alleinstehende Jugendliche. Damit rücken die Flüchtlinge viel stärker ins Zentrum aller Integrationsbemühungen, und längst ist das Thema Asyl ganz oben auf der Tagesordnung. Da halte ich eine enge Anbindung der Integration und der Beauftragten an mein Ressort für ein Gebot der Stunde.

MITeinander: Welche Vorteile ergeben sich daraus?

Stahmann: Das Wirken unter dem Dach einer gemeinsamen Behörde birgt die Chance zu einer Integrationspolitik „aus einem Guss“. Wir wollen alle Zuwanderungsgruppen mitdenken und auch die Aufnahmegesellschaft im Blick behalten. Aber angesichts der vielen Flüchtlinge ist ein ganz erheblicher Teil der Integrationspolitik schon vor der Neuaufteilung im Senat in meinem Hause gelaufen – denken Sie etwa an die Runden Tische, die wir angestoßen haben, wo immer eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge eingerichtet worden ist. Derzeit müssen wir uns voll auf die Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen konzentrieren. Und gleichzeitig denken wir über den Tag hinaus: Wir brauchen vielfältige Wege und Angebote zu Integration, denn wir wissen: Die große Mehrheit der Flüchtlinge wird auf Dauer bei uns bleiben. Aber wir vergessen auch unsere übrigen Aufgaben nicht: andere Zugewanderte sowie Bremerinnen und Bremer ohne eigene Migrationserfahrung sollen gleichberechtigt teilhaben an unserem Gemeinwesen. Diese Aufgaben bleiben uns erhalten, ich möchte sie künftig aus meinem Ressort heraus als übergreifende Aufgabe im Senat verankern.

MITeinander: Gibt es den Posten der Integrationsbeauftragten noch?

Stahmann: Natürlich, Silke Harth bleibt unsere Integrationsbeauftragte, daran wird sich nichts ändern. Und sie soll auch weiterhin als Ansprechpartnerin in hohem Maße eigenständig agieren und entscheiden können. Angesichts der veränderten Aufgaben wünsche ich mir aber schon, dass sie und ihre Kolleginnen und Kollegen auch räumlich in mein Haus wechseln. Das bereiten wir gerade vor.

MITeinander: Wie sieht die Aufgabenverteilung zwischen Ihnen aus?

Stahmann: Wir haben eine ähnliche Konstruktion wie mit der Integrationsbeauftragten in unserem Hause ja auch mit der Landesbeauftragten für Frauen, Ulrike Hauffe. Das hat sich durchaus bewährt. Die fachliche Arbeit kann in hohem Maße autonom laufen, in der politischen Abstimmung sind wir dann eng miteinander im Gespräch. Den Austausch habe ich immer als spannend empfunden und als förderlich in der Sache. Ich bin mir sicher, dass das mit Silke Harth auch klappen wird. Die Chemie stimmt auf jeden Fall.

MITeinander: Integration ist eine Mammutaufgabe. Was sind für Sie als „Integrationssenatorin“ die dringlichsten Fragen?

Stahmann: Das stimmt: Es gibt einen großen Strauß an wirklich dringenden Anliegen. Mir ist wichtig, die Stärken einer vielfältigen Gesellschaft sichtbar zu machen. Bremerhaven und Bremen sind Städte, in denen sich jede und jeder zugehörig fühlen kann. Und es gehört auch dazu, dass wir Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenreten, genauso wie Vorbehalten z.B. gegenüber religiösen Orientierungen. Denn so sehr die Zugewand-

Nächste Termine

Die nächste öffentliche Sitzung des Bremer Rates für Integration ist am Mittwoch, 18. November, in Bremen. Der genaue Ort wird kurzfristig bekannt gegeben unter:

www.bremer-rat-fuer-integration.de

Büro des BRI: Am Markt 20, im Gebäude der Bürgerschaft (Eingang EuropaPunkt Bremen), 28195 Bremen

**Sprechzeiten: tägl. 14–15 Uhr
Telefon: 0421 | 361-26 94
info@bremer-rat-fuer-integration.de
www.bremer-rat-fuer-integration.de**



Wissenswert

dernten uns kennenlernen müssen, so wesentlich ist es für eine erfolgreiche Zukunft unserer Gesellschaft auch, dass wir offen sind, die Aufnahme-gesellschaft, für die Impulse, die durch Zugewanderte in unseren Städten schon lange existieren und die nun durch weitere Zuwanderung verstärkt hinein-getragen werden. Es geht also nicht darum, dass wir Menschen assimilieren. Es geht darum, Verschie-den-Sein als Glücksfall zu erleben und als Chance zu nutzen. Verschieden-Sein ist eben voll normal.

MITEinander: *Haben Sie – angesichts der dringenden Flüchtlingsfragen – noch Kapazitäten für die Belange der Migranten, die schon viele Jahre, manche seit Generationen, hier leben?*

Stahmann: Ich werde oft gefragt, ob noch Kapazitäten für anderes da ist, als für die Unter-bringung von Flüchtlingen. Und: Ja, der Zuzug

von so vielen Menschen in so kurzer Zeit ist zurzeit die größte Herausforderung, vor der wir als Gesellschaft stehen. Das bindet sehr viel Kraft und verlangt große Aufmerksamkeit, nicht nur von mir. Aber als Sozial-, Jugend- und Integrations-senatorin liegt mir auch das am Herzen: die Teilhabe in Quartieren, Beschäfti-gungschancen für alle, die bewusste Ausein-ander-setzung mit Diskriminierung und die Lebensperspektiven junger Menschen. Klar, alles gleichzeitig geht nicht. Aber wir verteilen die Aufgaben ja auf mehrere Schultern, auch mit der Integrationsbeauftragten und mit all den Haupt- und Ehrenamtlichen überall in unserem Land.

Und zwischen meinen Aufgaben, Jugend, Frauen – nicht zuletzt auch dem neuen Bereich Sport – gibt es eine Fülle von Synergien mit dem Themenfeld Integration.

MITEinander: *Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Bremer Rat für Integration (BRI) zukünftig aus?*

Stahmann: Ich glaube schon, dass ich die Zusammenarbeit intensivieren werde, die ich in der vergangenen Legislaturperiode ohnehin mit dem BRI aufgebaut habe. Und die Arbeit mit Frau Harth in vielen gesellschaftlichen Bereichen ist ja gut eingespielt. Ich bin dankbar für seine Anregungen aus etlichen Gesprächen und Kontakten Und für die konstruktiv-kritische Begleitung unseres Handelns, auch wenn wir in der jetzigen Situation nicht alles so schnell umsetzen können wie ich mir das selber wünsche. Der Rat hat eine wichtige Funktion, auch die Breite der Themen der Integration immer wieder zu thematisieren. Und da weiß ich, dass ich mich auf dieses Gremium in seiner Rolle für das Land verlassen kann. Ich freue mich darauf diese Zusammenarbeit in mei-ner neuen Rolle zu intensivieren.

„Ethnisches Profiling“ in der Polizeiarbeit

2. Fachtag zum Thema mit Blick auf die Nachbarn Niederlande und Großbritannien

„Ethnisches Profiling“ bedeutet, dass die Mitarbeiter der Polizei- und Ordnungsbehörden ihr Handeln auf verallgemeinernde Kriterien wie Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Religion und nationale Herkunft einer Person gründen.

Kritiker fordern, dass sich Verdachtsmomente nur auf das Personenverhalten und auf objektive Beweise gründen sollten. Das ethnische Profiling wird dem institutionellen Rassismus zugeordnet.

Bei der Polizei Bremen hat man sich dieser Thematik bereits im Dezember 2012 angenom-men und zusammen mit Arbeit und Leben Bre-men, dem Bremer Rat für Integration, dem Insti-tut Français und dem Kulturzentrum Lagerhaus einen Fachtag unter dem Titel „Halt Polizei! Eth-

nisches Profiling im Spannungsfeld des Gleichbe-handlungsgrundsatzes“ ausgerichtet. Seitdem hat sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Ethnic oder auch Racial Profiling erheblich zuge-spitzt. So waren in Deutschland allein im Mai 2015 zehn Verfahren von Betroffenen vor Verwal-tungsgerichten noch nicht entschieden.

Zielsetzung des 2. Bremer Fachtages zum Eth-nischen Profiling, am 29. September 2015, ist es, die Debatte zu intensivieren und zu fokussieren, was die deutsche Polizei von polizeilichem Han-deln in den Nachbarländern lernen kann.

Es kommen Bremens Polizeipräsident Lutz Müller, der Integrationsbeauftragte der Polizei, Thomas Müller sowie Martin Herrkind, Polizei-Experte von Amnesty International und Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative schwarze Menschen in Deutschland zu Wort. Es wird darü-

berhinaus einen Vergleich der Kontrollpraxis in Berlin und Paris geben und Polizeiexperten aus den europäischen Nachbarländern Niederlande und Großbritannien berichten aus dem Alltag.

**29.09.2015 / 10–16 Uhr DGB-Haus
Bremen / Tivoli-Saal, Bahnhofplatz 22–
28, 28195 Bremen**

**Diese Veranstaltung richtet sich an Polizi-
sten und die interessierte Öffentlichkeit.**

**Anmeldung bis zum 22.9.2015 bei:
Arbeit und Leben Bremen e.V. / ADA –
Antidiskriminierung in der Arbeitswelt
Tel.: 0421/ 960 89-0 oder
info@ada-bremen.de**

Ins Netz gegangen

@ Syrisches Exil-Orchester

Der Syrer Raed Jazbeh lebt seit zwei Jahren in Bremen. Er ist Kontrabassist und musikalischer Direktor des Ensembles „Camellia“. Nun hat er seinen Traum wahr gemacht und mit Unterstüt-zung verschiedener Bremer Institutionen, Verei-ne und Privatleute ein Exil-Orchester ins Leben rufen.

Am 22. September 2015 wird erstmals ein Konzert der in Deutschland lebenden Musiker stattfinden. Aufführungsort ist der Bremer Sen-desaal. Unterstützt werden die Syrer dabei von

Musikern verschiedener Bremer Orchester.

Dienstag, 22. September 2015, 20.00 Uhr,
Sendesaal, Bürgermeister-Spitta-Allee 45

Mehr unter www.bremer-rat-fuer-integration.de/Termine/

@ Schnuppertag für Flüchtlinge

Ob Einheimische oder Zugewanderte – Jugendliche in Bremen stehen alle vor dersel-ben Frage: Was will ich später eigentlich mal arbeiten? Welcher Beruf passt zu mir? Finde

ich einen Ausbildungsplatz? Dabei stehen die Chancen für Flüchtlinge besonders schlecht. Deshalb haben der Bremer Rat für Integrati-on (BRI) und die Kfz-Innung Bremen mit Unterstützung der Akademie Lothar Kannen-berg ein Pilotprojekt gestartet: Zehn unbe-gleitete minderjährige Flüchtlinge bekamen in diesem Sommer die Chance, in den Aus-bildungsberuf des Automechanikers hinein-zuschnuppern.

Mehr unter www.bremer-rat-fuer-integration.de/Aktuelles

„Dieses Portal passt einfach gut zu Bremen“

Unkomplizierte Hilfe für Flüchtlinge dank Internetplattform „Gemeinsam-in-Bremen.de“ (GiB)

Die Idee ist so einfach wie wirkungsvoll: eine Internet-Plattform, auf der Flüchtlinge und Einheimische miteinander in Kontakt treten können. „Gemeinsam-in-Bremen.de“ (GiB) ging am 18. Juni 2015 online und vermittelt seitdem im großen Stil Zeit- und Sachspenden – und manchmal entsteht daraus sogar mehr.

Wenn man gemeinsam in einem Boot sitzt oder auch in einer Stadt lebt, ist es angenehmer, wenn man miteinander spricht, füreinander da ist, sich gegenseitig hilft. Das kann für beide Seiten eine Bereicherung sein. „Unsere Idee war, dass sich mit der Plattform ‚Gemeinsam-in-bremen.de‘ alle einbringen und somit das Zusammenleben in der Stadt mitgestalten können“, erklärt Lucyna Bogacki, Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen Engagements im Flüchtlingsbereich in Bremen. Gemeinsam mit der ehrenamtlich arbeitenden Sandra Spranger hat sie rund ein Jahr lang an einem Konzept für „GiB“ gefeilt.

Die technische Umsetzung dauerte dank eines Teams aus Grafiker, Texterin und Programmierer nur zwei Monate. „Ich habe teilweise zehn Stunden pro Tag daran gesessen, weil ich gesehen habe, dass es drängt“, sagt der 23-jährige Hobbyprogrammierer Leander Muskalla, der sich schon länger neben seinem Politikstudium in der Flüchtlingshilfe engagiert. Bis vor zwei Monaten habe er nur Seiten gebastelt, die hauptsächlich von ihm selbst aufgerufen wurden, sagt er lachend. Mit „Gemeinsam-in-Bremen.de“ hat er nun eine Seite programmiert, die in den ersten zwei Monaten ihres Bestehens bereits 65.000 Mal aufgerufen wurde. „Inzwischen gibt es sogar Anfragen aus anderen Städten, die unsere Software gerne hätten.“ Doch das sei schwierig, sagt er, denn er habe nicht mit einem herkömmlichen Content-Management-System gearbeitet, sondern alles „per Hand“ programmiert, „damit die Seite genau auf die Bedürfnisse zugeschnitten ist. Es gibt keinen überflüssigen Firlefanz, keine Spielerei.“

Genutzt wird die Plattform von Initiativen, einzelnen ehrenamtlich Engagierten und Leitern der Notunterkünfte und Übergangwohnheime. Aber auch große Firmen surfen vorbei, reagieren auf Gesuche und bieten kostenlos ihre Dienste oder Sachspenden an. Und immer mehr wird die Plattform auch von Geflüchteten selbst genutzt, dank der Heimleiter und Ehrenamtlichen, die auf das Angebot aufmerksam machen und Hilfestellung geben. Die Handhabung ist einfach, wie bei anderen „Schwarzen Brettern“ auch. Allein für Zeitspendensuche müssen sich die Nutzer registrieren lassen. „Das hat einfach den Hintergrund, dass



Sabine Horn (hinten re.) ist begeisterte Nutzerin von „GiB“. Miriam und Claire (vorne) lernten sich über die Plattform kennen und treffen sich in der Notunterkunft, um mit den kleineren Kindern für das Sommerfest in der Falkenstraße Lieder einzustudieren. Claires Bruder Xhezi (hinten li.) bekam über „GiB“ einen Laptop.

wir Missbrauch vorbeugen wollen“, erklärt Leander Muskalla. Deshalb sieht er mehrmals täglich alle eingehenden Anzeigen durch und entscheidet, was seriös ist und freigeschaltet werden kann. Das macht er ehrenamtlich – und sogar im Urlaub.

Dass es die Plattform nur auf Deutsch gibt, sei Absicht. „Der Übersetzungsaufwand wäre zu groß. Außerdem wissen wir, dass die allermeisten Flüchtlinge die Seite per Smartphone aufrufen, zur Not lassen sie sich alles von Google-Translation übersetzen.“

Eine begeisterte Nutzerin ist auch Sabine Horn, die sich seit rund drei Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagiert: „Eine tolle Idee. Für die einen bekommen wir darüber einen Laptop, für andere eine Zwillingsskare und wiederum andere haben ihre Wohnung auf die Weise einrichten können.“ Sabine Horn engagiert sich aktuell in der Notunterkunft Falkenstraße, dem ehemaligen Bundeswehrhochhaus. Dreimal pro Woche gibt sie hier Deutschunterricht und betreut Kinder. Deshalb ist sie für viele eine wichtige Ansprechpartnerin. „Durch die Plattform hatte ich in den letzten zwei Monaten mehr Kontakt als

sonst in fünf Jahren“, lacht sie.

Eine Geschichte, die sie besonders bewegt hat, ist die von Claire, die mit ihrer Familie aus Albanien nach Deutschland kam. Die 13-Jährige musste auf der Flucht ihre Gitarre zurücklassen. Sie war so traurig darüber, dass Sabine Horn für sie ein Gesuch auf „Gemeinsam-in-Bremen.de“ aufgab. Es meldete sich die 17-Jährige Miriam aus Bremen. Sie hatte zwar keine Gitarre abzugeben, bot aber an, sie mit ihrem Instrument zu besuchen. „Am Ende hat Miriam sogar noch eine Gitarre für Claire auftreiben können und sie ihr am letzten Schultag vor den Ferien mit einer von ihrem Taschengeld gekauften Hülle überreicht“, erzählt Sabine Horn. Der Jubel war groß! Seitdem unterstützen die beiden Mädchen die Kinderbetreuerinnen in den Falkenstraße beim Musizieren mit den Kleinsten.

Leander Muskalla kennt noch viele andere, ähnlich tolle Geschichten wie die von Miriam und Claire. „Das Besondere ist, dass über diese Seite Leute direkt in Kontakt miteinander treten. Dieses Portal passt einfach gut zu Bremen.“



Wir stellen vor

Weniger Barrieren für behinderte Migranten

BRI und Büro des Landesbehindertenbeauftragten wollen enger zusammenarbeiten

In Bremen gibt es eine Vielzahl von Organisationen und Einrichtungen, die sich für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen einsetzen. Migranten nutzen die Unterstützungssysteme bisher aber wenig.

„Womöglich kommen die Menschen aus Ländern, in denen Menschen mit Behinderung sozial ausgegrenzt werden und Behinderung stark schambesetzt ist“, erklärt Florence Samkange-Zeeb von der AG Gesundheit des Bremer Rates für Integration (BRI). „In ihrer Heimat bekommen sie höchstens Hilfe von ihrer Familie. Das organisierte, teilweise staatliche Hilfesystem ist vielen unbekannt und deshalb suspekt.“ Beispielsweise kann es passieren, dass die Betroffenen das Beantragen eines Schwerbehindertenausweises ablehnen, weil sie annehmen, sie würden abgeschoben, gesellschaftlich ins Abseits gedrängt oder Daten würden an die Ausländerbehörde weitergeleitet. Deshalb verzichten viele Zugewanderte auf Hilfe, die ihnen zusteht.

„Migration und Behinderung“ ist ein zu wenig beachtetes Thema findet die UN-Behindertenrechtskonvention. In Deutschland leben ungefähr 16,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014). Laut Schätzungen hat jeder zehnte von ihnen eine Behinderung. „Es gibt bislang leider keine statistischen Erhebungen, wie viele behinderte Menschen einen Migrationshintergrund haben“, sagt Joachim Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter in Bremen. „Wir bekommen aber von den Beratungsstellen zurückgemeldet, dass Migranten dort deutlich unterrepräsentiert sind.“ Neben kulturell bedingter Scham spielen fehlende Kenntnisse über das deutsche Unterstützungssystem, Sprachbarrieren, Diskriminierungserfahrungen sowie geringe oder fehlende interkulturelle Kompetenz des Fachpersonals eine Rolle.

Im Februar dieses Jahres organisierten der Landesbehindertenbeauftragte, der BRI und die „Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.“ deshalb eine Tagung. Unter dem Titel „Brücken bauen“ ging es um die Fragestellung: „Wie kann sich das Unterstützungssystem für behinderte Menschen in Bremen interkulturell öffnen?“. Anlass war der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen. Der Plan wurde im Dezember 2014 vom Senat verabschiedet und sieht die Belange von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund darin als Querschnittsthema vor.

Auf der Tagung im Februar diskutierten Experten von Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften, Behindertenverbänden, Behinder-



Auf der Tagung im Februar wurde darüber diskutiert, wie sich das Unterstützungssystem in Bremen für behinderte Migranten öffnen kann.

tenberatungsstellen sowie interessierte Zugewanderte über Hürden beim Zugang und über Wege zur interkulturellen Öffnung. „Zugleich war die Tagung Auftakt für eine breite Vernetzung von Behindertenverbänden mit den im Integrationsbereich engagierten Akteuren“, so Steinbrück. Jetzt sei es wichtig, den einmal aufgenommenen Faden nicht fallen zu lassen und die Fachöffentlichkeit immer wieder daran zu erinnern. Denn eine interkulturelle Öffnung muss von den Organisationen, kommunalen Einrichtungen, Trägern und Verbänden gewollt sein und von allen getragen werden. Dann können auch Zugänge durch mehrsprachige Berater, Materialien und Dolmetscher in niedrigschwelligen und flexiblen Beratungsangeboten im Stadtteil ermöglicht werden.

„Gleichzeitig muss ein Problembewusstsein in der Öffentlichkeit geschaffen werden“, so Steinbrück. „Wir müssen in den Gemeinden und Communitys Aufklärungsarbeit leisten. Wir überlegen beispielsweise Gemeinden und Communitys für ein erstes Kennenlernen direkt aufzusuchen und sie zu ermutigen, das Hilfe- und Unterstützungssystem für behinderte Menschen in Anspruch zu nehmen.“

BRI als Partner

Im Land Bremen wollen der BRI und das Büro des Landesbehindertenbeauftragten künftig einen engeren Austausch pflegen. „Dafür war es uns wichtig, den Bremer Rat für Integration als ständigen Gast in unserem Landesteilhabebeirat aufzunehmen“, sagt Joachim Steinbrück. Der neu konstituierte Beirat besteht aus stimmberechtigten Mitgliedern (Interessensvertretungen behinderter Menschen), Vertretern (aller Senatsressorts, der Senats-

kanzlei sowie der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) und ständigen Gästen. Vertreten wird der BRI dort durch Brigitte Paschen und Markus Wächter.

Drei- bis viermal im Jahr tagt das Gremium. Als Querschnittsthema soll „Migration und Behinderung“ in allen Handlungsfeldern des Landesaktionsplans Beachtung finden. Auf der Beiratssitzung am 16. Dezember 2015 wird „Migration und Behinderung“ voraussichtlich Schwerpunktthema sein.

Auch für das kommende Jahr ist wieder eine größere Veranstaltung zum Thema geplant. Wahrscheinlich im Frühjahr. Diesmal zusammen mit dem Sozialressort, wo das Thema „Integration“ seit der neuen Legislaturperiode angesiedelt ist. „Wir wollen dann weiter über den Aktionsplan sprechen“, so Steinbrück. „und in diesem Zusammenhang auch einmal in die anderen Bundesländer gucken, zum Beispiel nach Berlin, die da schon ein wenig weiter sind als wir.“

Material zum Herunterladen unter:
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Impressum



Herausgeber: Bremer Rat für Integration
www.bremer-rat-fuer-integration.de
Redaktion: Silke Düker (v.i.S.d.P.)
Druckvorbereitung: Silke Düker
E-Mail: redaktion@bremer-rat-fuer-integration.de
Auflage: 2.500 Exemplare